

Wohlstand ist mehr als Geld – aber wie lässt er sich messen?

Bericht von Marco Giesselmann, Richard Hilmer, Nico A. Siegel und Gert G. Wagner

Alternative Wohlstandsmessung: Neun Indikatoren können
das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren 3

Interview mit Marco Giesselmann

»Demokratie und Freiheit sind im Urteil der Bürger
wichtiger als Wirtschaftswachstum« 13

Am aktuellen Rand Kommentar von Karl Brenke

Arbeitszeitverkürzung:
Sind wir schon in einer klassenlosen Gesellschaft? 16



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
27. Februar 2013

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Guido Baldi

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Zur Kapitalmarktentwicklung in Westdeutschland

Wie im vorigen Jahr zur gleichen Zeit werden unter dem Eindruck der saisonüblichen Belebung des Kapitalmarktes auch heute wieder Stimmen laut, die für den Kapitalzins eine senkende Tendenz im Laufe des Jahres voraussagen. Es ist jedoch nur schwer zu erkennen, wodurch diese optimistische Prognose gerechtfertigt werden könnte. Der Emissionsbedarf am Rentenmarkt wird vermutlich weiter zunehmen. Die öffentliche Hand wird den Anleihemarkt noch mehr beanspruchen als 1962. Die Industrie wird ebenfalls auf den Anleihemarkt angewiesen sein, solange die Kapitalmarktbeschaffung auf dem Aktienmarkt noch schwieriger ist. Auch ist es sehr fraglich, ob die Maßnahmen zur Dämpfung der Baukonjunktur den Kapitalmarkt nennenswert entlasten werden, zumal die öffentliche Hand ihre Zuschüsse zur Wohnungsbaufinanzierung ständig kürzt.

Dagegen dürften sich die Angebotsbedingungen vorerst eher verschlechtern – vorausgesetzt, daß die Bundesbank weiterhin auf Liquiditätshilfen verzichtet. Das Kapitalzinsgefälle gegenüber dem Ausland wird zwar steiler, da die Zinssätze eine leicht sinkende Tendenz haben. Solange die Ausländer aber mit steigenden Kursen im Ausland und eher mit Kursverlusten in Westdeutschland rechnen müssen, wird von dieser Seite kein Impuls zu erwarten sein. Die inländischen Banken dürften ihre Wertpapierkäufe vorerst weiter einschränken, da die Liquiditätsreserven vermutlich zunächst weiter abnehmen werden: Die Leistungsbilanzüberschüsse und der dadurch bedingte Devisen- und Liquiditätszustrom werden im günstigsten Falle gleichbleiben; da ferner keine grundlegenden Änderungen des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland im Bereich der kürzerfristigen Kredite zu erwarten sind, dürften auch die übrigen Devisenzuflüsse im wesentlichen unverändert bleiben. Dagegen wird der Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand kräftig abnehmen. Dennoch werden der zusätzliche Bargeldbedarf und das – bei unveränderten Mindestreservesätzen – wachsende Mindestreserve-Soll so groß bleiben, daß der Liquiditätszufluß aus der Devisenbilanz nach wie vor übertroffen wird. Eine optimistische Prognose der Zinsentwicklung könnte sich also nur auf die vage Annahme stützen, daß sich die Bundesbank bald zu einer expansiven Liquiditätspolitik entschließen wird.

aus dem Wochenbericht Nr.9 vom 1. März 1963

Alternative Wohlmessung: Neun Indikatoren können das Brutto- inlandsprodukt ergänzen und relativieren

Von Marco Giesselmann, Richard Hilmer, Nico A. Siegel und Gert G. Wagner

Zahlreiche Menschen, Politiker und Wissenschaftler in Deutschland glauben, dass das „Bruttoinlandsprodukt“, kurz BIP, als Maßzahl für gesellschaftlichen Wohlstand überholt sei. Deshalb hat der Deutsche Bundestag Ende 2010 eine Studien-Kommission („Enquete-Kommission“) eingerichtet, die den Auftrag hat, mit Blick auf die Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität eine Alternative zum BIP zu entwickeln. Diese Kommission hat nun einen Vorschlag unterbreitet: Das BIP soll ergänzt werden. Und zwar um neun weitere Indikatoren, die so unterschiedliche Aspekte wie die Einkommensverteilung, Artenvielfalt und Lebenserwartung umfassen. Eine einzige zum Bruttoinlandsprodukt alternative Maßzahl wird von der Kommission hingegen abgelehnt, da sie die unterschiedlichsten Wünsche und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger nicht „auf einen Nenner“ bringen könnte.

Dass die Bürgerinnen und Bürger die von der Kommission vorgeschlagenen Indikatoren als wichtig ansehen, zeigt eine repräsentative Befragung der Wahlberechtigten durch das DIW Berlin und TNS Infratest. An der Spitze der Relevanz steht nach Ansicht der Befragten der Erhalt von „Demokratie und Freiheit“, am Ende eine „weitere Steigerung der Lebenserwartung“. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen – als Indikator für das Bruttoinlandsprodukt – liegt aus der Perspektive der wahlberechtigten Bürger in Deutschland an vorletzter Stelle der Relevanz. Die Studie zeigt aber auch: Die Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Indikatoren streut stark. Hinzu kommen systematische Unterschiede in der Relevanz von Politikbereichen bei verschiedenen sozialen Gruppen.

Der zentrale Auftrag der vom Deutschen Bundestag eingerichteten Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ besteht darin, eine Alternative zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlstandsindikator zu suchen.¹ Der nun zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität vorgestellte Indikatorenkatalog² hat sicherlich all jene enttäuscht, die sich nicht nur die Abschaffung des BIP, sondern zugleich die grundsätzliche Infragestellung von Wachstumspolitik gewünscht haben.³ Denn es wird keine Alternative zum BIP vorgeschlagen, sondern ein um neun weitere Leitindikatoren ergänztes BIP, das neben „Materiellen Wohlstand“ auch „Soziales und Teilhabe“ sowie „Ökologie“ in den Blick nimmt.

Einigkeit herrscht in der Enquete-Kommission darüber, dass ein einziger alternativer Indikator, also eine Art „Anti-BIP“, aus methodischen und demokratietheoretischen Gründen nicht sinnvoll ist (Kasten 1).⁴ Denn würden verschiedene Aspekte von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in einen einzigen Messwert für gesellschaftlichen Fortschritt „verdichtet“, müssten die Einzelwerte Gewichte erhalten. Doch wie wichtig ist der Umweltschutz etwa im Vergleich zum materiellen Wohlstand? Darüber herrscht weder in der Bevölkerung noch in der Wissenschaft Einigkeit, was nicht weiter verwundert: Menschen verfolgen unterschiedliche Ziele und die Wissenschaft sollte hier keine Werturteile fällen. Unter-

¹ Einer der Autoren dieses Wochenberichts, Gert G. Wagner, gehört als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission an.

² Vgl. den Abschlussbericht der Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)87 (www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/87_Abschlussbericht_PG_2.pdf), S. 11 und S. 14.

³ Vgl. einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kommissionsdrucksache 17(26)89 (www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/89_Abschlussbericht_PG_2_B90DieGrünen_Anderungsantrag.pdf) und einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, Kommissionsdrucksache 17(26)88 (www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/88_Abschlussbericht_PG_2_DIE_LINKE_Sondervotum.pdf).

⁴ Auch die vielzitierte französische Fitoussi-Kommission, der unter anderem auch die Ökonomie-Nobelpreisträger Sen und Stiglitz angehörten, schlägt kein „Anti-BIP“ vor, sondern eine differenzierte statistische Beschreibung von Wohlstand und Lebensqualität.

Kasten 1

Abschlussbericht der Mehrheit der Enquete-Kommission

In einem abschließenden Bericht¹ begründet die Mehrheit der Mitglieder der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, weshalb ein Indikatorenkatalog aus insgesamt zehn verschiedenen Einzelindikatoren einer einzigen alternativen Messzahl zum Bruttoinlandsprodukt vorzuziehen sei:

„Ziel des Indikatorensatzes ist es, vor dem Hintergrund des veränderten, unsicher gewordenen Zusammenhangs zwischen Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität eine empirische, d. h. statistische Bestandsaufnahme der wesentlichen Wohlstandsdimensionen in einer modernen pluralistischen Gesellschaft vorzunehmen und den Bürgerinnen und Bürgern eine übersichtliche, leicht verständliche Gesamtperspektive auf die vielfältigen Aspekte heutigen Wohlstands und seiner Entwicklung anzubieten. [...] Nicht nur bedingt jeder aggregierte Indikator letztlich eine willkürliche Gewichtung der einzelnen Teilindikatoren, sondern darüber hinaus ist die Interpretierbarkeit eines solchen

„Superindicators“ äußerst schwierig: Es ist bei einem Blick auf einen solchen aggregierten Indikator in der Regel völlig unklar, auf welchen Lebensbereich eine Verbesserung oder Verschlechterung des Gesamtwertes zurückzuführen ist. Denn ein aggregierter Indikator geht stets mit einem erheblichen Informationsverlust einher. Statt eines Gesamtindex schlägt die Enquete-Kommission mehrheitlich deshalb einen überschaubaren Indikatorensatz vor. Nach mehrheitlicher Auffassung stehen mehrere Indikatoren für Teilaspekte des Wohlstands. Sie stehen gleichberechtigt nebeneinander; ob ein „Plus“ in einem Bereich ein „Minus“ in einem anderen Bereich aufwiegen kann, muss die Betrachterin oder der Betrachter für sich entscheiden. [...] Die Mehrheit der Enquete-Kommission hält die gewissermaßen konkurrierende Aggregation von Einzelindikatoren für den politischen Diskurs für äußerst sinnvoll. Dann kann jede gesellschaftliche Gruppe mit einer eigenen Aggregation der Einzelindikatoren in die Diskussion gehen. Man wird dann auch erkennen können, wo und inwieweit unterschiedliche politische Vorstellungen zu unterschiedlichen Gewichtungs-Schemata führen. Alles dies ist sinnvoll – sinnvoll wäre hingegen nicht, wenn das Statistische Bundesamt (oder Eurostat) eine amtliche Aggregation anbieten würde.“

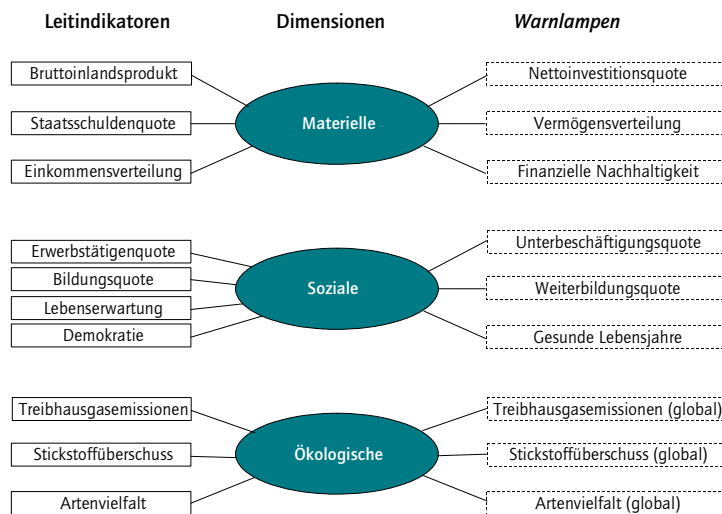
¹ Vgl. den Abschlussbericht der Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)87, 11 und 14. (www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/87_Abschlussbericht_PG_2.pdf).

schiedliche Bewertungen führen zu politischen Kontroversen, die tagtäglich ausgetragen und schließlich regelmäßig bei Wahlen auf Zeit entschieden werden. Da-

mit aber hört in einem demokratischen Gemeinwesen die politische Auseinandersetzung nicht auf; auch wird die Minderheit die Gewichte sowie Priorisierungen der Mehrheit nicht zwangsläufig akzeptieren.

Abbildung 1

Wohlstandsdimensionen und Indikatoren



Quellen: Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“; Darstellung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Vorschlag der Enquete-Kommission gliedert sich in drei Dimensionen mit insgesamt zehn Leitindikatoren und neun Warnlampen.

Konkret umfasst der Indikatorenkatalog der Enquete-Kommission zur Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zehn Leitindikatoren (BIP, Einkommensverteilung, Staatsschuldenquote, Beschäftigung, Bildung, Lebenserwartung, Freiheit, Treibhausgasemissionen, Stickstoffüberschuss⁵, Artenvielfalt), die drei Dimensionen zugeordnet sind (Materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe, Ökologie), sowie neun „Warnlampen“ (Abbildung 1).⁶ Hinzu kommt für die Bereiche der „nicht-marktvermittelten Produktion“ und „Haushaltsproduktion“, also insbesondere für die Hausarbeit oder

⁵ Stickstoffüberschüsse entstehen bei der landwirtschaftlichen Produktion, bei der Stickstoff als Pflanzennährstoff eingesetzt wird. Nach Angaben des Umweltbundesamts verursachen Stickstoffüberschüsse „weitreichende Umweltprobleme“ wie die Verunreinigung des Grundwassers, die Entstehung von Treibhausgasen und die Verringerung der Artenvielfalt. Der jährliche Stickstoffüberschuss sei seit 1991 um 27 Prozent zurückgegangen, liege aber noch weit über dem anvisierten Zielwert. Vgl. www.umweltbundesamt.de/daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeldent=2879.

⁶ Warnlampen leuchten auf bei Veränderungen folgender Indikatoren über bestimmte Grenzwerte hinaus: Nettoinvestitionsquote, Vermögensverteilung, finanzielle Nachhaltigkeit des Privatsektors, Unterbeschäftigungsquote, Weiterbildungsquote, gesunde Lebensjahre, globale Werte von Treibhausgasemissionen, Stickstoffüberschuss und Artenvielfalt.

Kasten 2

Befragung der Wahlberechtigten

In einer von TNS Infratest am 28. und 29. Januar 2013 durchgeführten repräsentativen Telefonumfrage haben 1 012 Befragte für jeden der zehn von der Enquete-Mehrheit ausgewählten Indikatoren eine Differenzierung des Grades der Wichtigkeit vorgenommen, die von null („gar nicht wichtig“) bis zehn („sehr wichtig“) reicht. Mit folgendem Text wurden die zehn Indikatoren in der Befragung leicht verständlich vorgestellt und eingeleitet:

„Die Politik kümmert sich ja um viele Bereiche, die sowohl die persönliche Lage der Menschen direkt betreffen als auch die generelle Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ich nenne Ihnen nun zehn Bereiche und Sie sagen mir bitte für jeden, ob er Ihrer Meinung nach in der Politik in Deutschland eine wichtige oder keine so wichtige Rolle spielen soll. Bitte nutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. ‚0‘ bedeutet, dass der Bereich in der Politik ‚gar nicht wichtig‘ sein soll und keine besondere Rolle spielen sollte. ‚10‘ bedeutet, dass der Bereich in der Politik ‚sehr wichtig‘ sein soll und eine sehr große Rolle spielen sollte. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?¹

1. das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen² in Deutschland

2. die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen
3. die Staatsverschuldung
4. dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben
5. dass die Lebenserwartung der Menschen weiter zunimmt
6. dass mehr Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss haben³
7. dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben
8. dass der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen, die wir produzieren, reduziert wird
9. dass der schädliche Stickstoffüberschuss, den wir produzieren, abgebaut wird
10. dass das Artensterben gestoppt und die Vielfalt der Arten erhalten wird.“

Bei den ersten drei Indikatoren wurde also keine Richtung vorgegeben, da offenkundig sowohl mehr als auch weniger Einkommen befürwortet werden könnte; ähnliches gilt für Ungleichheit und Staatsverschuldung. Bei den sieben weiteren Bereichen ist hingegen eindeutig, was erstrebenswert ist und deswegen wurde – zur Vereinfachung der Beantwortung der Fragen – eine Richtung vorgegeben.⁴

3 An dieser Stelle gab es eine zusätzliche Interviewer-Anweisung: „Bei Nachfragen: Weiterführend bedeutet, dass mehr junge Leute höhere Schulabschlüsse machen wie zum Beispiel Abitur. Entweder direkt in der Schule oder durch Weiterbildung.“

4 Um den Einfluss der Reihenfolge einzelner Fragen auf die Antworten zu minimieren, wurden die Fragen blockweise randomisiert: 1 bis 3, 4 bis 7 und 8 bis 10. Ein Einfluss der Frageposition auf Mittelwertunterschiede zwischen den Indikatoren wird so vermieden, gleichzeitig wird allerdings die Streuung innerhalb der einzelnen Indikatoren erhöht.

1 Zusätzlich gab es hier eine Interviewer-Anweisung: „Bei Nachfragen: Es ist egal, wie Sie persönlich zu einem Thema stehen, wir würden gerne wissen, wie wichtig es Ihnen ist, dass sich die Politik um das Thema kümmert.“

2 Anstelle des schwerer verständlichen Begriffs des „BIP“ wurde das damit eng verbundene Pro-Kopf-Einkommen als Relevanzbereich erfragt.

ehrenamtliche Tätigkeiten, eine „Hinweislampe“, da es bislang keine regelmäßigen statistischen Erhebungen zu solch nicht-marktvermittelter Produktion gibt.

Kritiker einer Wohlmessung mit zehn Leitindikatoren und neun „Warnlampen“ wenden ein, dass diese große Anzahl an Indikatoren medial nicht vermittelbar sei. Als Alternativen werden von der Fraktion Die Linke drei Leitindikatoren, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vier und vom von CDU und CSU berufenen Sachverständigen Meinhard Miegel fünf Leitindikatoren⁷ vorgeschlagen. Hierbei fällt auf, dass die Fraktion Die Linke ähnlich des von der Mehrheit der Enquete-Kommission getragenen Warnlampenkonzepts neben drei Leitindikatoren noch weitere 28 „zusätzliche Aspekte“ vorschlägt.⁸

Im vorliegenden Bericht soll nicht die Diskussion der Sinnhaftigkeit einzelner Indikatoren im Vergleich zu alternativen Indikatoren und Operationalisierungen im Vordergrund stehen. Vielmehr soll empirisch untersucht werden, ob die zehn von der Kommissions-Mehrheit ausgesuchten Indikatoren von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtig angesehen werden, in welchem Ausmaß die Gewichte streuen und inwieweit unterschiedliche Gewichte mit sozioökonomischen Merkmalen der Menschen und ihren politischen Wertvorstellungen verbunden sind. Zu diesem Zweck hat das DIW Berlin zusammen mit TNS Infratest unmittelbar im Anschluss an die Verabschiedung des Konzepts durch die zuständige Arbeitsgruppe der Enquete-Kommission eine repräsentative Telefonbefragung der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung durchgeführt (Kasten 2).⁹

7 Vgl. www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Wohlstandsquintett.

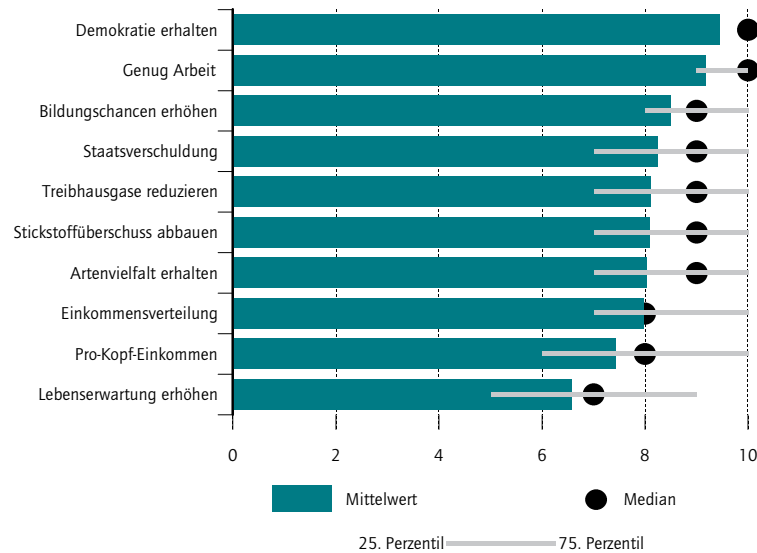
8 Vgl. Fraktion Die Linke, a. a. O., 6.

9 Eine erste Schnell-Auswertung wurde publiziert von Hilmer, R., Siegel, N. A. und Wagner, G. G. (2013): Was ist für unseren Wohlstand entscheidend? Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 5, 30.

Abbildung 2

Relevanz von Lebensbereichen¹

Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“
 Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

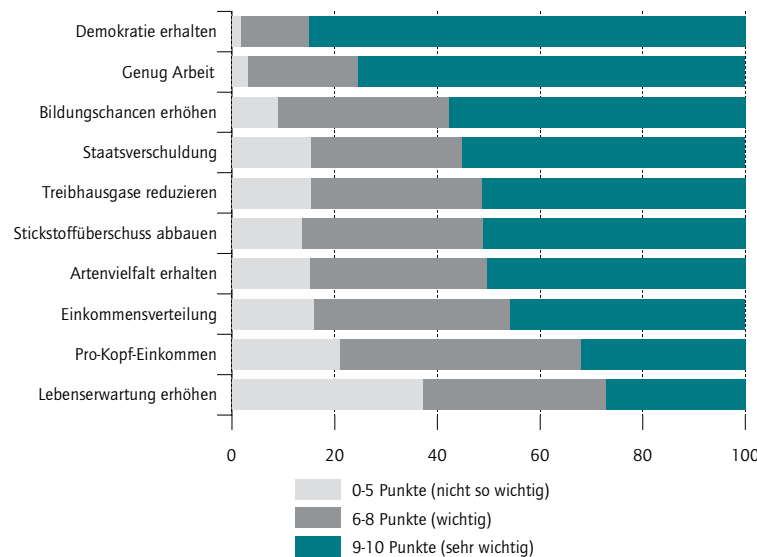
© DIW Berlin 2013

Der Erhalt von Demokratie und Freiheit ist den Befragten weitaus wichtiger als die Höhe des Pro-Kopf-Einkommnes.

Abbildung 3

Relevanz von Lebensbereichen¹

Befragungsergebnisse in Prozent



¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“
 Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Befragte, die einen der zehn Indikatoren als nicht so wichtig ansehen, waren in allen Fällen in der Minderheit.

Erhalt von Demokratie und Freiheit hat größte Bedeutung

Das wichtigste Ergebnis der repräsentativen Befragung lautet: Der Aussage, dass Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben sollen, wird mit einem Durchschnittswert von 9,4 die größte Bedeutung beigegeben (Abbildung 2).¹⁰ Dies ist ein gegenüber allen anderen Bereichen statistisch signifikant höherer Durchschnittswert, der über alle Altersgruppen und parteipolitischen Neigungen hinweg zu beobachten ist. Lediglich die Bedeutung der Aussage, dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben sollen, erreicht einen ähnlich hohen Durchschnittswert von 9,2. Diese beiden Bereiche sind damit die mit Abstand bedeutendsten.

Die Bewertungen zum Grad der Wichtigkeit der zehn Bereiche gehen auseinander, die Angaben der Befragten streuen also deutlich. Zwar geben in allen Dimensionen nur wenige Personen die niedrigsten Werte zwischen null und fünf an (Abbildung 3); aber die Antworten verteilen sich meist breit auf die Spanne von sechs bis zehn. Überraschenderweise erzielt eine weitere Zunahme der Lebenserwartung mit einem Durchschnitt von 6,6 mit Abstand die niedrigste Bedeutung (der Median¹¹ liegt nur bei einem Wert von sieben). Hier zeigt sich möglicherweise, dass die Menschen zusätzliche Lebensjahre heutzutage oft mit Krankheit und Leid verbinden.

Das Durchschnittseinkommen – als Indikator für das Bruttoinlandsprodukt – liegt mit einem durchschnittlichen Wert von 7,4 fast am Ende der Bedeutsamkeitsskala. Auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird als Thema weniger wichtig genommen als Demokratie und Freiheit und genug Arbeit. Der Mittelwert des Bereichs Ungleichheit der Einkommensverteilung ist mit acht durchschnittlich und entspricht genau dem Median der Verteilung, welcher somit auf dem gleichen Niveau liegt wie der des Pro-Kopf-Einkommens. Nahe am Durchschnitt aller Indikatoren (8,2) liegt mit 8,3 Skaleneinheiten die Staatsverschuldung. Von nur leicht überdurchschnittlicher Bedeutung ist die Forderung, dass mehr Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss erreichen sollen (8,5). Die Median-Angaben für beide Bereiche liegen mit einem Wert von neun aber über den Medianangaben von acht für das Pro-Kopf-Einkommen und die Ungleichheit der Einkommensverteilung.

Ähnlich wie in anderen Untersuchungen zu Politikpräferenzen der Bevölkerung wird den Ökologieindikatoren

¹⁰ Um Disproportionalitäten zwischen Stichprobe und Bevölkerung auszugleichen, wurde in sämtlichen Analysen ein von TNS bereitgestelltes Gewicht verwendet.

¹¹ Der Median teilt die Befragten in zwei gleich große Gruppen: Der Anteil der Wertungen oberhalb sowie unterhalb des Median ist jeweils exakt identisch.

mit Mittel- und Medianwerten von acht bis neun kein überragendes Gewicht gegeben. Zwar kann die Menschheit bei weiter steigendem Ausstoß von Treibhausgasen und einem gravierenden Stickstoffüberschuss als Art nicht überleben, aber dieses Problem wird erst in einer unbestimmbar fernen Zukunft akut werden und deswegen heute von vielen als nicht vorrangig drängendes Problem angesehen. Die Mittelwerte der Bedeutung liegen für die drei Ökologiebereiche beim Durchschnitt von acht.

Ostdeutsche gewichten BIP höher als Westdeutsche

Neben den Unterschieden im Niveau der Bedeutung und dem Ausmaß der Streuung lassen sich auch systematische Unterschiede der Bewertung von Problem- und Politikbereichen nach Bevölkerungsgruppen identifizieren. Die deskriptive Ost-West-Unterscheidung zeigt für Ostdeutschland teils deutlich höhere Bedeutungszuschreibungen der Befragten (Abbildung 4). Dies gilt insbesondere für die Bereiche *Lebenserwartung* (die in der DDR niedriger war als in Westdeutschland), *Pro-Kopf-Einkommen* und *Ungleichheit der Einkommensverteilung*.

Die Geschlechtsunterschiede sind gering; Frauen zeigen sich allerdings umweltsensitiver (Abbildung 5). Bei der Unterscheidung nach dem Alter fällt auf, dass fast allen Lebensbereichen mit höherem Alter auch eine höhere Bedeutung zugemessen wird (Abbildung 6). Die Bereiche *Pro-Kopf-Einkommen* und *Ungleichheit der Einkommensverteilung* werden allerdings von Menschen im Rentenalter seltener als besonders wichtig angesehen. Dies dürfte in erster Linie daran liegen, dass es sich hierbei vor allem um Anliegen der Kerngruppe der Erwerbstätigen (30 bis 59 Jahre) handelt.

Die Analyse nach der Parteipräferenz zeigt erkennbare Unterschiede, deren Ausmaße jedoch im Vergleich zu sozial-strukturellen Merkmalen für einige Relevanzbereiche recht gering sind (Abbildung 7).

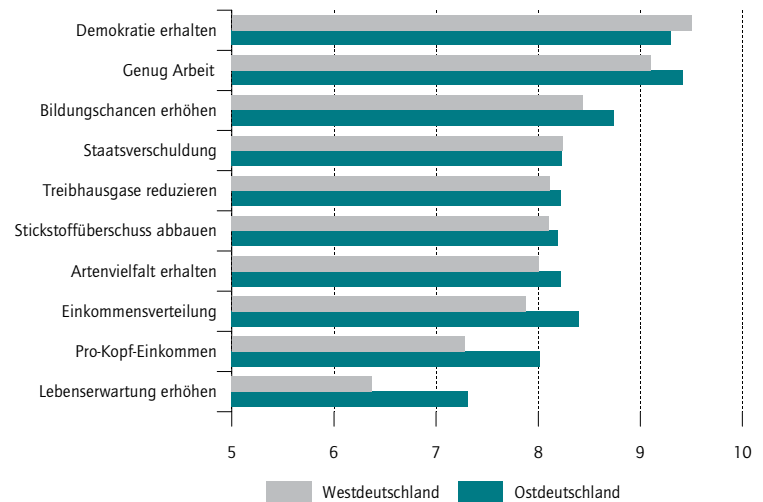
Sorgen der Bürger decken sich mit ihrer Bewertung der Indikatoren

Zusätzlichen Aufschluss über die Einschätzungen zur Wichtigkeit verschiedener Politikziele bieten Daten des von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).¹²

¹² Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Nr. 2.

Abbildung 4

Relevanz von Lebensbereichen' nach der Region Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



1 Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

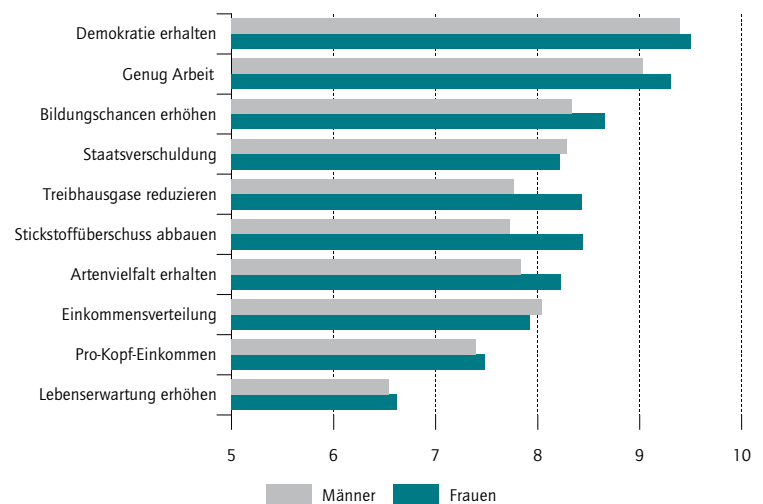
Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Ostdeutsche sprechen nahezu allen Indikatoren eine höhere Relevanz zu als Westdeutsche.

Abbildung 5

Relevanz von Lebensbereichen' nach dem Geschlecht Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



1 Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

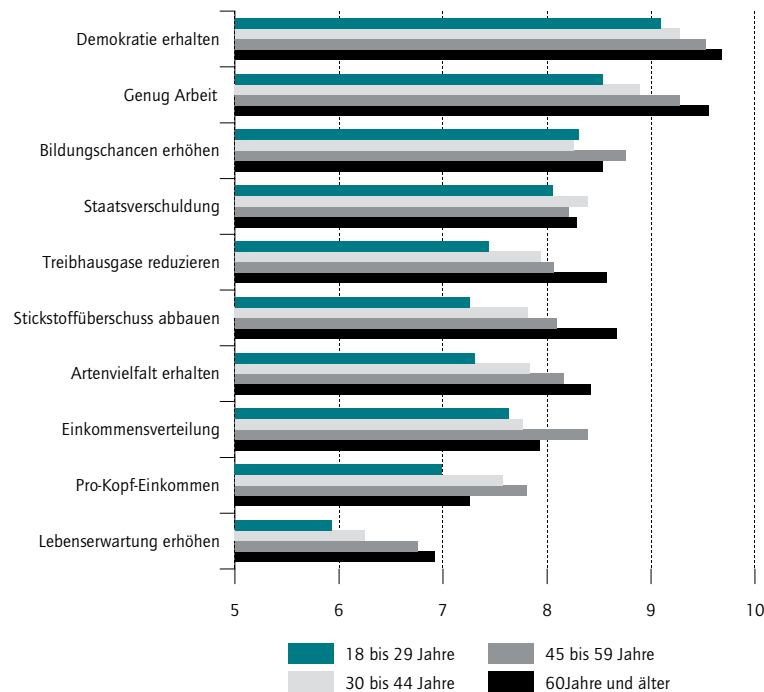
© DIW Berlin 2013

Abgesehen von der Staatsverschuldung und Einkommensverteilung sind für Frauen alle Indikatoren wichtiger als für Männer.

Abbildung 6

Relevanz von Lebensbereichen¹ nach dem Alter

Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“
 Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

In der Regel gilt: Je älter der Befragte, desto höher die Relevanzeinschätzung der Indikatoren.

Hier wird zwar nicht direkt nach der subjektiven Relevanz verschiedener Politikbereiche gefragt, allerdings werden Sorgen um verschiedene Aspekte makroökonomischen und sozialen Wohlstands gemessen. Aufgegriffen wird in den Messungen des SOEP also nicht nur die Einschätzung der Bedeutung einzelner Bereiche, sondern auch die subjektiv wahrgenommene Gefährdung der entsprechenden Ziele. Die Auswertungen der Sorge-Merkmale im SOEP (Abbildung 8) zeigen gleichwohl starke Analogien zur Priorisierung der Wertigkeit der von der Enquete-Kommission ausgewählten Lebens- und Problembereiche.

Dem Erhalt der Demokratie wird nicht nur die größte Bedeutung beigemessen, zusätzlich sorgen sich große Teile der Bevölkerung um die Wahrung des bundesdeutschen Gesellschaftsmodells (im SOEP gemessen über die *Sicherung des Friedens*). Nachhaltigkeitsaspekte nehmen auch bei den Sorgen nur eine mittlere Position ein, während ökonomische Ziele in beiden Befragungen niedrig bewertet werden: Ebenso wie dem Pro-Kopf-Einkommen gegenwärtig eine verhältnismäßig niedrige Relevanz zugesprochen wird, werden auch von wenigen Personen große Sorgen um die allgemeine wirt-

schaftliche Lage geäußert.¹³ Eine Erkenntnis der Sorgen-Zeitreihe des SOEP ist allerdings auch, dass – was wenig überrascht – in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit und konjunkturellen Wachstums die wirtschaftlichen Sorgen abnehmen: Zwischen 2008 und 2011 misst das SOEP im Jahr 2009 den mit Abstand höchsten Anteil von Personen mit *großen Sorgen um die wirtschaftliche Lage*, nämlich 44 Prozent.¹⁴ Innerhalb des Zeitfensters ist 2009 zugleich das Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit und zudem durch einen fundamentalen Einbruch der Konjunktur in Deutschland – als Folge der Weltfinanzkrise – geprägt.

Persönliche Merkmale und Einstellungen beeinflussen Angaben der Befragten

Anhand multipler Regressionsanalysen lässt sich genauer als durch einfache Mittelwertvergleiche überprüfen, ob und in welchem Ausmaß sich die Bedeutungszuschreibungen der Befragten nach verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen (*Ost-/Westdeutschland, Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen, Erwerbsstatus und Parteienpräferenz*) im Mittel unterscheiden. Basis sind wiederum die von TNS Infratest erhobenen Daten zur Wichtigkeit verschiedener Wohlstandsindikatoren. Die Koeffizienten zeigen für die jeweilige abhängige Variable (*Bedeutungszuschreibung*) die durchschnittliche Abweichung bestimmter Merkmalsträger im Vergleich zu Angehörigen der Referenzkategorie. Ein Beispiel: Für die Analyse „Pro-Kopf-Einkommen“ bedeutet der Koeffizient von 0,59 für die Variable *Ostdeutschland*, dass Befragte in Ostdeutschland auf der Skala von null bis zehn im Durchschnitt einen um knapp 0,6 Punkte höheren Wert angegeben haben als Befragte in Westdeutschland.

Gegenüber einer einfachen Darstellung von Mittelwertunterschieden bietet das Regressionsverfahren zwei entscheidende Vorteile: Zum einen können gruppenspezifische Unterschiede unmittelbar auf *statistische Signifikanz* getestet werden. Außerdem messen die Koeffizienten um Strukturmerkmale bereinigte Unterschiede und können daher als „tatsächlicher“ Effekt des zugrunde liegenden Merkmals interpretiert werden. Leben etwa in Ostdeutschland häufiger Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen und

¹³ Zusätzliche Auswertungen zu den Sorge-Indikatoren verweisen auf weitere bedeutsame Wohlstandsbereiche, die im Indikatoren-Konzept der Kommission nicht berücksichtigt wurden. So liegt im Jahr 2011 sowohl der Anteil an Personen mit *großen Sorgen um den internationalen Terrorismus* (34 Prozent) beziehungsweise *um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland* (33 Prozent) oberhalb der (in Abbildung 8) ausgewiesenen Werte für *Klimafolgen* und für die *wirtschaftliche Entwicklung* (Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der SOEP-Daten 2011).

¹⁴ Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der SOEP-Daten 2008-2011.

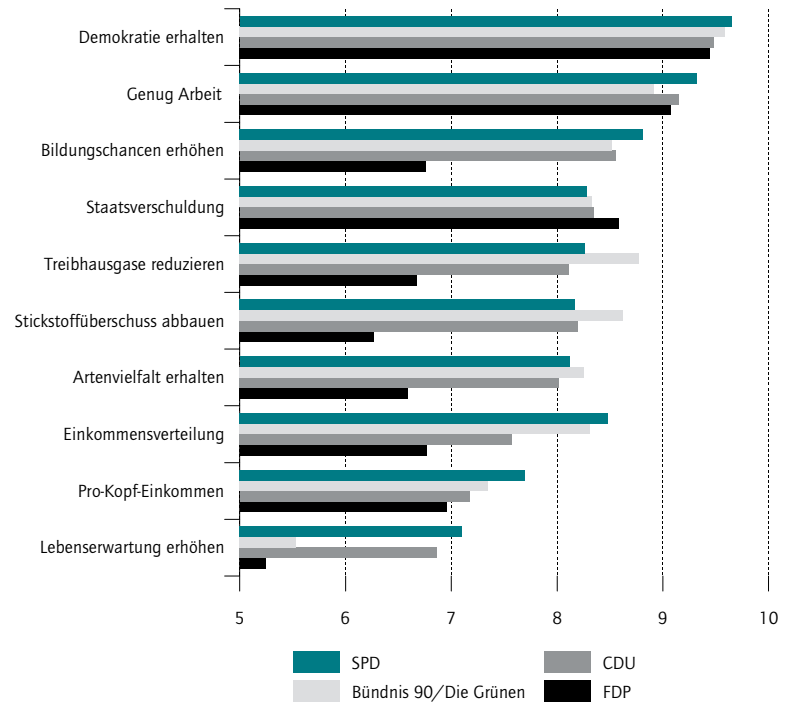
hat das Haushaltseinkommen einen Effekt auf die Bedeutungszuschreibung, dann wird auf Grundlage deskriptiver Berechnungen die Bedeutung des Wohnorts überschätzt, während die Regressionsanalyse um Strukturunterschiede bereinigte Koeffizienten für Ostdeutschland ausweist.

Für jeden der zehn Indikatoren wurde ein Regressionsmodell berechnet (Tabelle). Die zugrundeliegende Fallzahl ist jeweils geringfügig kleiner als die Fallzahl der Stichprobe, da nicht alle Befragten Angaben zu jeder Frage gemacht haben. Die Ergebnisse zeigen: Personen in Ostdeutschland werten alle Wohlstandsaspekte (außer *Demokratieerhalt*) höher als Westdeutsche. Besonders stark (und statistisch signifikant) sind die mittleren Unterschiede bei der Einschätzung der Relevanz der *Lebenserwartung* (0,7 Skalenpunkte), des *Pro-Kopf-Einkommens* (0,6 Skalenpunkte) und von *Ungleichheit der Einkommensverteilung* (0,5 Skalenpunkte). Da das regionenspezifische Einkommensgefälle herausgerechnet wurde, handelt es sich beim Einkommensaspekt mutmaßlich um einen Kontexteffekt: Die Wahrnehmung ökonomischen Mangels im Umfeld geht mit einer Aufwertung des entsprechenden Politikziels einher, auch wenn das eigene Einkommen relativ hoch ist. Dass die höhere Bedeutungszuschreibung wirtschaftlicher Aspekte im Osten Deutschlands unmittelbar mit stärker ausgeprägten Bedenken gekoppelt ist, zeigen die im SOEP gemessenen *Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation*: Der Anteil an Personen, die sich in Ostdeutschland große Sorgen machen, ist im Schnitt über alle Einkommensgruppen um 20 Prozent (und statistisch signifikant) höher als in Westdeutschland.¹⁵

Frauen neigen zu überdurchschnittlicher Relevanz-Zuschreibung, insbesondere bei Umweltschutzthemen: Im Vergleich zu Männern werden Reduktionen des *Stickstoffüberschusses* und von *Treibhausgasen* im Schnitt um mehr als einen halben Skalenpunkt wichtiger eingestuft. Die Wertungen der Nachhaltigkeitsindikatoren weisen zudem einen starken Altersbezug auf. So schätzt die Generation der heute über 60-Jährigen den Abbau umweltschädlicher Substanzen im Schnitt um 0,7 Skalenpunkte (*Treibhausgase*) beziehungsweise 0,8 Skalenpunkte (*Stickstoffüberschuss*) wichtiger ein als 18- bis 29-Jährige. Dass Umweltschutz erst mit zunehmendem Alter als vorrangiges Politikziel eingestuft wird, erstaunt, da die heute jüngeren Generationen künftig verstärkt von klimapolitischen Spätfolgen betroffen sein werden. Wiederum reflektiert die altersspezifische Bedeutungszuschreibung Unterschiede in der Sorgenintensität: Die SOEP-Daten zeigen, dass der Anteil an Personen, die sich große Sorgen um den Umweltschutz machen, in

Abbildung 7

Relevanz von Lebensbereichen¹ nach der Wahlabsicht
Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



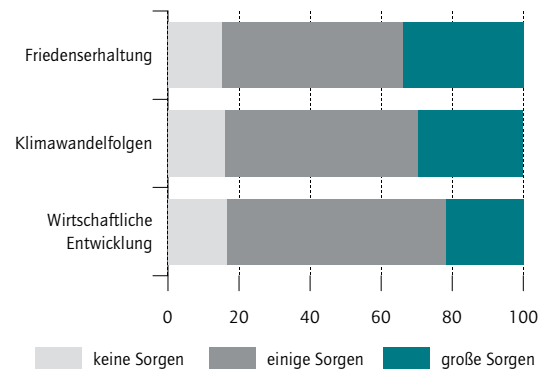
¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“
Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2013), 1 012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Für FDP-Wähler haben die meisten Indikatoren nur eine unterdurchschnittliche Relevanz.

Abbildung 8

Sorgen um Wohlstand¹



¹ Antworten auf die Frage: „Wie ist das mit folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen?“

Quellen: SOEP v28 (2011), 20 531 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Auch bei der Äußerung von Sorgen spielt die wirtschaftliche Entwicklung eine untergeordnete Rolle.

¹⁵ Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der SOEP-Daten 2011.

Tabelle

Determinanten der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche
OLS-Regressionsergebnisse

	Demokratie	Arbeit	Bildung	Schulden	Treibhausgase	Stickstoffüberschuss	Artenvielfalt	Einkommensverteilung	Pro-Kopf-Einkommen	Lebenserwartung
Wohnort (Referenz: Westdeutschland)										
Ostdeutschland	-0,07	0,20*	0,37**	0,08	0,06	0,05	0,14	0,51**	0,59**	0,70**
Geschlecht (Referenz: Männlich)										
Weiblich	0,14	0,26**	0,22*	0,06	0,64**	0,61**	0,31**	-0,15	0,10	0,19
Altersgruppe (Referenz: 18 bis 29 Jahre)										
30 bis 44 Jahre	-0,04	0,14	-0,18	-0,06	0,54**	0,47*	0,27	-0,15	0,63**	0,21
45 bis 59 Jahre	0,23	0,38**	0,22	-0,26	0,53**	0,62**	0,31	0,44*	0,51**	0,64**
60 Jahre und älter	0,31	0,72**	-0,03	-0,38	0,70**	0,79**	0,48	-0,23	-0,20	0,83*
Schulbildung (Referenz: Kein Abitur)										
Abitur	-0,16	-0,35**	-0,70**	0,00	-0,49**	-0,85**	-1,12**	-0,63**	-0,80**	-1,01**
Haushaltseinkommen¹ (Referenz: 0 bis 1 500 Euro)										
1 500 bis 3 000 Euro	0,23**	0,15	-0,38**	0,70**	-0,26	-0,11	0,13	0,48**	0,39**	-0,40*
3 000 Euro und mehr	0,40**	0,02	-0,41**	0,99**	-0,21	-0,32	0,09	0,10	-0,41*	-1,33**
Erwerbsstatus (Referenz: Erwerbstätig)										
Ausbildung/Studium	-0,23	-0,48**	-0,48	-0,27	-0,05	-0,24	-0,53	-0,43	0,06	-1,03**
Arbeitslos	-0,29	0,38*	0,11	-0,05	-0,38	-0,43	-0,05	-0,08	0,46	-0,47
Rentner/Altersteilzeit	0,00	-0,09	-0,17	0,35	0,32	0,31	0,05	0,19	0,12	-0,79**
Inaktiv/Sonstige	-0,14	-0,07	0,40	-0,98**	-0,40	-0,03	0,36	-0,27	-0,01	-0,55
Wahlabsicht (Referenz: CDU)										
SPD	0,14	0,10	0,22	0,01	0,21	-0,04	-0,02	0,74**	0,33*	0,04
Bündnis 90/Die Grünen	0,08	-0,15	0,12	0,12	0,67**	0,48*	0,41*	0,85**	0,32	-1,04**
FDP	-0,08	-0,15	-1,77**	0,33	-1,44**	-2,01**	-1,57**	-1,02**	-0,41	-1,89**
Die Linke	-0,23	0,07	-0,05	0,06	0,32	0,06	0,06	1,45**	1,06**	-0,06
Piraten	-0,20	0,12	-0,31	-0,60	0,26	-0,10	-0,25	0,40	0,14	-1,48**
Nichtwähler	-0,41**	-0,44**	-0,52*	-0,53	-0,69**	-0,60*	0,36	0,00	0,00	-0,97**
Sonstige	-0,14	0,09	-0,16	0,16	-0,25	-0,31	-0,09	-0,01	0,13	-0,69**
Konstante	9,14**	8,67**	8,85**	7,78**	7,51**	7,65**	7,76**	7,52**	6,93**	7,32**
Fallzahl	932	931	934	931	932	927	933	930	924	930
R ²	0,066	0,093	0,094	0,048	0,101	0,129	0,098	0,099	0,099	0,143

Irrtumswahrscheinlichkeiten: * < 10 Prozent, ** < 5 Prozent.

¹ Monatliches Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes nach Abzug von Steuern.

Quellen: TNS Infratest Telefonsurvey (Januar 2012), 1012 Befragte; Berechnungen des DIW Berlin.

Besonders viele statistisch signifikante Ergebnisse (**) liefert das Merkmal Schulbildung: Wer Abitur hat, hält die meisten Indikatoren für weniger relevant.

der Altersgruppe der über 40-Jährigen um 13 Prozent größer ist als bei den 18- bis 39-Jährigen.¹⁶

Unter Konstanthaltung demographischer und ökonomischer Merkmale messen Personen mit Abitur allen Wohlfstandsindikatoren eine unterdurchschnittliche Bedeu-

tung zu. Menschen mit Abitur sind also – wenn man ihren überdurchschnittlichen ökonomischen Status statistisch berücksichtigt – gewissermaßen gelassener als Menschen ohne Abitur. Möglicherweise zeigt sich aber auch ein geringes Vertrauen in politische Steuerungsfähigkeit.

Auffällig ist, dass Menschen mit mittleren Haushaltseinkommen allgemeine Einkommens- sowie Gleichheitsziele statistisch signifikant höher bewerten als

¹⁶ SOEP 2011, Berechnungen des DIW Berlin.

Menschen in unteren und hohen Einkommensgruppen (um jeweils ungefähr einen halben Skaleneinheit). Forderungen nach einer Erhöhung von *Bildungschancen* und der *Lebenserwartung* sind dagegen in unteren Einkommensgruppen besonders stark, während die Wertungen von *Schuldenreduktion* und *Demokratieerhalt* als Politikziel bei dieser Gruppe deutlich und statistisch signifikant unterdurchschnittlich sind.

Die Erwerbsbeteiligung einer Person hat nur geringen Einfluss auf ihre Relevanz-Zuschreibungen. Es lassen sich lediglich die Wertungen von arbeits- und gesundheitspolitischen Zielen statistisch eindeutig nach dem Erwerbsstatus differenzieren. Dabei überrascht nicht, dass arbeitslose Personen eine Erhöhung der Erwerbsquote im Mittel um etwa 0,4 Skaleneinheiten wichtiger einschätzen als Erwerbstätige. Erstaunlich ist allerdings, dass der positive Einfluss des Alters auf den Wunsch nach Erhöhung der Lebenserwartung nahezu vollständig vom negativen Effekt des Rentnerstatus aufgefangen wird. Eine ältere Person gibt also nur dann eine überdurchschnittliche Wertung des Indikators *Lebenserwartung* an, wenn sie noch erwerbstätig ist. Hier dürfte sich ein Interesse an einer längeren Erwerbsfähigkeit zeigen.

Inhaltlich bedeutsame und statistisch signifikante Unterschiede weist die Analyse für die Wähler verschiedener Parteien aus. So wird die Relevanz des *Pro-Kopf-Einkommens* insbesondere von Wählern der SPD sowie der Linken hoch eingestuft. Letztere schätzen dieses Politikziel selbst unter statistischer Berücksichtigung des Wohnorts und des Einkommens im Schnitt um mehr als einen Skaleneinheit wichtiger ein als CDU-Wähler.

Am deutlichsten spiegelt sich das parteipolitische Koordinatensystem in der Bedeutungs-Zuschreibung des Gleichheitsziels wider. Wähler von SPD und Grünen liegen hier im Schnitt einen knappen Skaleneinheit über CDU-Wählern. Anhänger der Linken billigen dieses Politikziel im Schnitt sogar 1,5 Skaleneinheiten mehr zu als CDU-Wähler, während ihm im FDP-Wählerlager eine deutlich unterdurchschnittliche Relevanz beigegeben wird.

Erstaunlich ist: Trotz der geringen Fallzahl in der Stichprobe bei der FDP-Wählergruppe (n = 27) können deutliche und statistisch signifikante Koeffizienten bei Nachhaltigkeitsaspekten sowie bildungs- und gesundheitspolitischen Zielen nachgewiesen werden: Die entsprechende Bedeutungs-Zuschreibung liegt bei FDP-Wählern im Schnitt um ein bis zwei Skaleneinheiten unter der von CDU-, SPD- und Grünen-Wählern. Dies gilt für die im SOEP gemessenen *Sorgen um den Umweltschutz* nur bedingt: Personen mit FDP-Präferenz

haben – unter Konstanthaltung des Einkommens und des Alters – zwar eine um 13 (beziehungsweise 34) Prozentpunkte signifikant geringere Wahrscheinlichkeit als SPD- (beziehungsweise Grünen-) Anhänger, sich große Sorgen um die Umwelt zu machen. Der Unterschied von FDP-Anhängern zu Personen mit CDU-Präferenz ist in den SOEP-Daten jedoch gering und statistisch nicht gesichert.¹⁷

Anhand der Regressionsmodelle lassen sich bei allen untersuchten Indikatoren etwa zehn Prozent der beobachteten Streuung der Bedeutungszuschreibungen erklären. Dies ist für Analysen von Bevölkerungsbefragungen ein respektable Wert, der auf die Relevanz der einbezogenen persönlichen Merkmale verweist. Allerdings wird auch deutlich, dass ein Großteil der Variation in den Einschätzungen nicht durch die untersuchten Merkmale erklärt wird. Insbesondere individuelle psycho-emotionale Dispositionen, das Freizeitverhalten, der Medienkonsum, aber auch Befragungsspezifika (wie die zufällige Variation der Fragefolge) dürften hier eine wichtige Rolle spielen.

Bei allen festgestellten, inhaltlich wie statistisch bedeutsamen Unterschieden, dokumentiert die Analyse zugleich auch den relativ großen Konsens in der Wertung von Politikzielen *zwischen* verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen. Keines der untersuchten sozio-ökonomischen Merkmale zeigt Unterschiede in den Wertungen, die einen vollen Skaleneinheit überschreiten. Selbst bei der Parteienpräferenz lässt sich dies lediglich zwischen FDP- und Linken-Wählern beobachten – was zugleich wenig überrascht. Dementsprechend ist auch die Priorisierung der Ziele in allen gesellschaftlichen Teilgruppen ähnlich ausgeprägt. Freilich ist *innerhalb* der Gruppen die Streuung der Bedeutungszuschreibungen beachtlich groß. Hinzu kommt eine anhand der Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung gezeigte kalender- beziehungsweise periodenabhängige Variabilität der Bedeutungszuschreibungen, also sich durch äußere Umstände wie die Arbeitslosenquote verändernde Bedeutungsgewichte. Insgesamt unterstreicht die Streuung zwischen Personen und Zeitpunkten die Unzweckmäßigkeit eines aggregierten fixen Gesamtindikators als Alternative zum BIP.

Fazit und Schlussfolgerungen

Das *Pro-Kopf-Einkommen* und damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat in den Augen der Wahlberechtigten in Deutschland derzeit keine überragende Bedeutung. Eine Mehrheit der Befragten sieht ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht als Bereich, um den sich die Poli-

¹⁷ SOEP 2011, Berechnungen des DIW Berlin.

tik mit höchster Priorität kümmern sollte. Im Gegenteil: Das BIP hat im Vergleich zum *Erhalt der Demokratie* und *genug Arbeit* deutlich weniger Priorität. Auch die *(Un)Gleichheit der Einkommensverteilung* wird als etwas wichtiger angesehen. Da die Realisierung dieser Politikziele letztlich aber wiederum eng mit einem hohen Niveau des BIP und dessen Wachstum zusammenhängt, können entsprechende gesellschaftliche Wachstumsdiskussionen auch künftig nicht ausbleiben.

Die unterschiedlichen und teils gegensätzlichen Aspekte von Ökonomie, Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit in konsistenter Weise zu diskutieren, könnte – wie dies auch in Teilen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gesehen wird – mit einem „Sachverständigenrat für nachhaltige Lebensqualität“ gelingen, der insbesondere dem Sachverständigen-

rat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung („Wirtschaftsweisen“) gegenüberstehen sollte. Hinzu käme auch künftig der Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Die drei Räte würden sicherlich unterschiedliche Prioritäten bei der Analyse und Politikempfehlungen setzen, wodurch die Bevölkerung wie auch die Politiker umfassender über die Entwicklung von Wachstum, ökologischer Nachhaltigkeit und Lebensqualität informiert würden als gegenwärtig.

Die Bundesregierung sollte zudem – wie von der Enquete-Kommission empfohlen, in einer einzigen konsistenten Stellungnahme – einer Art „Jahreswohlstandsbericht“ – zu allen drei Bereichen gemeinsam Stellung nehmen. Das Ziel der Relativierung des BIP als Wohlstandsindikator würde so erreicht.

Marco Giesselmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | mgiesselmann@diw.de

Richard Hilmer ist Geschäftsführer von TNS Infratest Sozialforschung und von Infratest dimap | richard.hilmer@infratest-dimap.de

Nico A. Siegel ist Senior Director bei TNS Infratest Sozialforschung | nico.siegel@tns-infratest.com

Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin | gwagner@diw.de

ALTERNATIVE MEASUREMENTS OF PROSPERITY: NINE INDICATORS TO SUPPLEMENT AND RELATIVIZE THE GDP

Abstract: Numerous people in Germany, including politicians and researchers, believe that the gross domestic product (GDP) is an outdated indicator of a society's prosperity. Therefore, at the end of 2010, the German Bundestag, the federal parliament, established a study commission (Enquete-Kommission) tasked with developing an alternative to the GDP for measuring growth, prosperity, and quality of life. This commission has now submitted a proposal: to supplement the GDP with nine additional indicators, including a wide range of factors such as the distribution of income, biodiversity, and life expectancy. Replacing the gross domestic product by a single alternative index was rejected by the commission, however, since it is not possible to reduce citizens' very different wishes and expectations to "a common denominator."

JEL: B59, D63, H11, I32, Z18

Keywords: GDP, GDP and beyond, quality of life, Germany, SOEP

A representative survey of registered voters conducted by DIW Berlin and TNS Infratest shows that citizens consider the indicators proposed by the commission to be important. Respondents ranked preserving "democracy and freedom" as the most relevant indicator and "further increasing life expectancy" as the least relevant. The average per capita income – as an indicator of the gross domestic product – is the second least relevant factor as far as registered voters in Germany are concerned. However, the study also shows that opinions on the importance of different indicators vary widely. Moreover, there are systematic differences in the relevance of various policy areas for different social groups.



Dr. Marco Giesselmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN MARCO GIESELMANN

»Demokratie und Freiheit sind im Urteil der Bürger wichtiger als Wirtschaftswachstum«

1. Herr Giesselmann, der Deutsche Bundestag hat Ende 2010 eine Studien-Kommission eingerichtet, deren Auftrag darin besteht, eine Alternative zum BIP als Wohlstandsindikator zu suchen. Was ist das Ziel dieser Aktion? Innerhalb der Kommission ist man zu der Ansicht gekommen, dass sich Wohlstand nur valide messen lässt, wenn man mehrere Dimensionen, also nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und ökologische Dimension mit betrachtet. Diese Aspekte sollen in einem neuen Konzept von Wohlstand mit abgebildet werden.
2. Was schlägt die Kommission vor? Neben dem klassischen Indikator, dem BIP als zentrale Maßzahl für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, sind neun weitere Indikatoren in den Bereichen ökonomischer, sozialer und ökologischer Wohlstand dazu gekommen, die das Ziel haben, Wohlstand multidimensional darzustellen.
3. Sie haben untersucht, ob diese zehn Indikatoren von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtig angesehen werden. Welcher Aussage wird von den Befragten die größte Bedeutung beigemessen? Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung haben wir festgestellt, dass tatsächlich die sozialen Komponenten des Kommissionskonzepts am höchsten gewichtet werden und nicht die klassischen ökonomischen Indikatoren wie das Wirtschaftswachstum. Wichtig sind den Befragten insbesondere Politikziele wie der Erhalt von Demokratie und Freiheit, genügend Arbeit sowie mehr hochwertige Bildungsabschlüsse.
4. Welche Bereiche werden als weniger wichtig gewertet? Die geringste Priorität wird der Erhöhung der Lebenserwartung zugebilligt. Auch das klassische Bruttoinlandsprodukt ist ziemlich weit abgeschlagen auf Platz neun. Im Mittelfeld landen die ökologischen Aspekte wie Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt.
5. Die befragten Personen unterscheiden sich zum Beispiel nach Alter, Geschlecht, regionaler Zugehörigkeit oder Parteizugehörigkeit. Zwischen welchen Personengruppen haben sich die größten Unterschiede in der Bewertung

der neuen Indikatoren gezeigt? Erwartungsgemäß spiegeln sich parteipolitische Präferenzen deutlich wider. Wir beobachten, dass ökologische Nachhaltigkeitsziele besonders unter Anhängern der Grünen betont werden und dass Gleichheitsziele besonders von Wählern des eher mittleren bis linken Parteienspektrums, also Die Linke, Bündnis90/Die Grünen und der SPD, hoch gewertet werden.

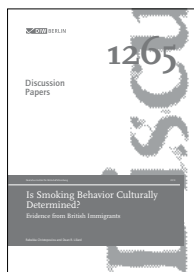
6. Gibt es Ergebnisse, die Sie überrascht haben? Zum einen war für uns erstaunlich, dass Einkommensziele insbesondere in mittleren Einkommenslagen betont werden. In den unteren und höheren Einkommensgruppen beobachten wir hingegen eine relativ geringe Wertung dieses Wohlstandsaspekts. Zum zweiten stellen wir fest, dass Gleichheits- und Einkommensaspekte selbst unter Konstanthaltung von unterschiedlichen ökonomischen Positionen in Ostdeutschland höher gewichtet werden als in Westdeutschland. Zudem überrascht, dass Nachhaltigkeitspolitik insbesondere von älteren Personen priorisiert wird. Das hat uns erstaunt, weil die politischen Entscheidungen im ökologischen Bereich ja sehr langfristige Wirkungen haben. Das heißt, die Leute, die persönlich weniger vom ökologischen Handeln betroffen sind, werten diese Aspekte trotzdem besonders hoch. Sie dürften an ihre Kinder und Enkelkinder denken.
7. Das BIP ist ja auch eine internationale Vergleichsgröße. Ist diese Vielzahl neuer Indikatoren nicht verwirrend? Natürlich erkaufte man sich sachlich notwendige Komplexität durch einen gewissen Verlust an Übersicht. Deswegen plädiert ja auch niemand für die Abschaffung des BIP, weil diese Maßzahl das wirtschaftliche Geschehen gut verdichtet. Darüber hinaus sollte das politische System neben diesem einfachen Indikator auch die Komplexität der Bedürfnisse und Anforderungen der Menschen messbar machen und anerkennen. Schließlich zeigt unsere Untersuchung deutlich, dass die Menschen in Deutschland von den Politikern nicht nur Antworten zu ökonomischen Fragen erwarten. Die Qualität der Politik wird zudem stark daran gemessen, welche Lösungen für ökologische und insbesondere für soziale Probleme gefunden werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 1265
2012 | Rebekka Christopoulou and Dean R. Lillard

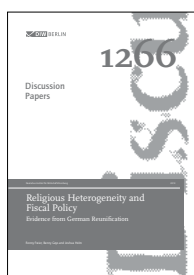


Is Smoking Behavior Culturally Determined?: Evidence from British Immigrants

We exploit migration patterns from the UK to Australia, South Africa, and the US to investigate whether a person's decision to smoke is determined by culture. For each country, we use retrospective data to describe individual smoking trajectories over the life-course. For the UK, we use these trajectories to measure culture by cohort and cohort-age, and more accurately relative to the extant literature. Our proxy predicts smoking participation of second-generation British immigrants but not that of non-British immigrants and natives. Researchers can apply our strategy to estimate culture effects on other outcomes when retrospective or longitudinal data are available.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1266
2012 | Ronny Freier, Benny Geys and Joshua Holm



Religious Heterogeneity and Fiscal Policy: Evidence from German Reunification

Theoretical work based on social identity theory and in-group favoritism predicts that increased population diversity (e. g., due to immigration) reduces support for redistributive public policies. In this article, we add to the empirical literature testing this prediction in three ways. First, rather than ethno-linguistic or racial heterogeneity, we analyze religious diversity, which in many countries is an increasingly important source of diversity. Second, to account for the potential endogeneity of heterogeneity, we analyze an exogenous shock in diversity due to the German reunification. Finally, we assess shifts in local individuals' social identification after

immigration took place, which, while untested in previous contributions, is a critical theoretical mechanism. Our results—using tax and spending decisions of 2031 Bavarian municipalities over the 1983–2005 period—indicate that Catholic municipalities in particular significantly reduced their level of taxes and spending in response to non-Catholic immigration. These effects arise only after the first post-reunification local elections, suggesting a critical mediating role of the democratic process.

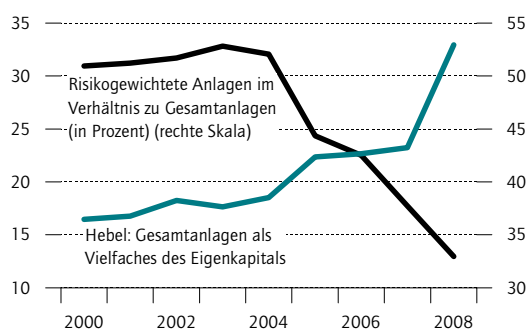
www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Im DIW Wochenbericht Nr. 08/2013 wurde die Abbildung 2 auf Seite 8 falsch dargestellt. Die richtigen Version finden Sie hier folgend:

Abbildung 2

Leverage und risikogewichtete Aktiva der vier größten Banken in Großbritannien

In Prozent



1 Bezogen auf die Bilanzsumme.

2 Bezogen auf die Leverage Ratio.

Quelle: Independent Banking Commission.

Die Schere zwischen dem Anteil der risikogewichteten Vermögenswerte an der Bilanzsumme und der Hebelung geht seit der Einführung der Risikogewichtung mit Basel II extrem auseinander.



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Arbeitszeitverkürzung: Sind wir schon in einer klassenlosen Gesellschaft?

Vor etwa zwei Wochen traten 200 Politiker und Wissenschaftler mit einem offenen Brief an die Medien, in dem sie eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche forderten, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Idee scheint unmittelbar einleuchtend zu sein: Wenn alle weniger arbeiten, kann man mehr Leuten einen Arbeitsplatz verschaffen. Den bereits Beschäftigten soll in Zukunft ein Teuerungsausgleich gezahlt werden, die Produktivitätszuwächse sollen dazu dienen, um die Arbeitszeitverkürzung zu finanzieren. Wer diese Vorstellungen durchsetzen soll, bleibt allerdings offen.

Im Kern erinnert diese Idee stark an Karl Marx, der – Hegel vom Kopf auf die materialistischen Füße stellend – das „Reich der Freiheit“ in der klassenlosen Gesellschaft ähnlich beschrieben hat. Irgendwann seien die technischen Möglichkeiten so weit entwickelt, dass es immer weniger zu tun gäbe. „Wenn alle arbeiten müssen, der Gegensatz von Überarbeiteten und Müßiggängern wegfällt ... und außerdem die Entwicklung der Produktivkräfte in Betracht gezogen wird, so wird die Gesellschaft den nötigen Überfluss in 6 Stunden produzieren.“ Das wäre aber nur der erste Schritt, denn im Kommunismus geht es weiter: „Durch das gemeinschaftliche Wirtschaften wird erst Folgendes möglich: die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher ... die Verkürzung der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum“. Das wäre faktisch das Ende der Geschichte, denn der Gesellschaft geht angeblich die Arbeit aus. Solcher Ansicht sind auch die Anhänger eines bedingungslosen Grundeinkommens, die Nichtstun zum Normalfall erklärt haben wollen. Welche Art von Schlaraffenland es auch sein mag – auch dort ist Arbeit nötig. Vielleicht braucht man weniger Facharbeiter und Ingenieure, aber dafür umso mehr Psychologen und Sozialarbeiter.

Wer offenen Auges durch dieses Land geht, sieht allerdings, dass es im ganz schlichten materiellen Bereich noch reichlich zu tun gibt. Beispielsweise wird vielerorts bei der öffentlichen Infrastruktur von der Substanz gelebt, oder es

fallen, obwohl dieses Land zur Bildungsrepublik ausgerufen wurde, weiterhin viel zu viele Unterrichtsstunden in den Schulen aus. Für ein Gefühl von Saturiertheit mag es zwar in manchen Salons und Studierstuben gute Gründe geben, für die gesamte Gesellschaft ist es aber nicht angebracht. Anderenfalls müsste erklärt werden, warum reichere Gesellschaften – etwa die Schweiz oder manche skandinavische Länder – ein viel höheres Beschäftigungsniveau als Deutschland vorweisen. Zudem ist es keineswegs so, dass die durchschnittlichen Löhne, von den unteren ganz zu schweigen, inzwischen solch ein Niveau erreicht hätten, dass in aller Zukunft nur noch ein Inflationsausgleich gezahlt werden müsse. Und sicherlich wollen nicht wenige Arbeitnehmer lange arbeiten, um entsprechend auch mehr zu verdienen. Will man das verbieten?

Von all dem abgesehen: Wie es bei vermeintlich simplen Vorschlägen nun einmal so ist – der Teufel steckt im Detail. Wie in allen Industriestaaten ist auch hierzulande die Arbeitslosigkeit nicht gleich verteilt. Betroffen sind vor allem Personen ohne Berufsausbildung. Denen wird es kaum helfen, wenn der Klinikarzt weniger arbeitet – oder sollen sie künftig etwa eine Rückenmarkstransplantation durchführen? Man wird also vor allem das besonders knappe Arbeitsplatzangebot für einfache Arbeit umverteilen müssen. Da passt es allerdings nicht so recht ins Bild, wenn gerade diejenigen, die nach Arbeitszeitverkürzungen rufen, auch zugleich einen hohen Mindestlohn fordern. Einfache Arbeit lässt sich am einfachsten durch Produktivitätssteigerungen wegrationalisieren, und den Arbeitslosen ohne Ausbildung wäre dann überhaupt nicht geholfen. Wie soll überhaupt garantiert werden, dass die Arbeitszeitverkürzungen tatsächlich in zusätzliche Arbeitsplätze umgesetzt werden? Die Erfahrungen in der Metall- und Elektroindustrie oder im öffentlichen Dienst widersprechen doch vielmehr dieser Hoffnung. Ob es die Höhe der Löhne oder die Länge der Arbeitszeit ist – in beiden Fällen geht es um Verteilungsfragen. Und bei der Einkommensverteilung wird man – selbst als Politologe oder Jurist – feststellen, dass von einer klassenlosen Gesellschaft überhaupt keine Rede sein kann.